



Nr. 448 | 03.04.2024

Russland-Analysen

- Krieg zwischen Israel und Hamas
- Antisemitismus

ANALYSE	
Eine neue Phase der russisch-israelischen Beziehungen nach dem 7. Oktober 2023 Lidia Averbukh (Bertelsmann Stiftung, Berlin)	2
UMFRAGEN	
Einstellungen zum Krieg zwischen Israel und der Hamas	6
ANALYSE	
Antisemitismus in Russland – ein alter Bekannter meldet sich zurück Ksenija Poluektowa-Krimer (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)	8
UMFRAGEN	
Antisemitismus in Russland	13
DOKUMENTATION	
Gewissensfreiheit und Anti-Extremismus-Gesetzgebung in Russland	20
DEKODER	
Lesetipp: Gaza und die Juden im Kaukasus	21
<hr/>	
CHRONIK	
11. – 18. März 2024	22

Eine neue Phase der russisch-israelischen Beziehungen nach dem 7. Oktober 2023

Lidia Averbukh (Bertelsmann Stiftung, Berlin)

DOI: 10.31205/RA.448.01

Zusammenfassung

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 nahm Russland eine israelkritische Haltung ein. Damit wurde eine neue Phase der russisch-israelischen Beziehungen eingeläutet. Weder Putins persönliche Sympathien gegenüber Israel, die in den 2000er Jahren die Beziehungen prägten, noch die israelische Neutralität im russischen Krieg in der Ukraine, die den Bemühungen westlicher Verbündeter zuwiderlief, konnten den Bruch verhindern. Russland ordnete den Krieg im Nahen Osten der übergreifenden außenpolitischen Logik unter, die den Westen und die USA dafür verantwortlich macht. Als Reaktion verschärfte Israel den Ton gegenüber Russland. In der politischen Praxis lassen sich jedoch nur wenige Veränderungen ausmachen.

Russlands eigennützige Interpretation der Situation

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 nahm Russland eine israelkritische Haltung ein. Es dauerte zehn Tage, bis Putin dem israelischen Premierminister Netanjahu kondolierte. Dabei vermied er es, den Terrorangriff als solchen zu benennen. In den folgenden Monate wurde deutlich, dass die Positionierung Russlands im Nahostkonflikt der Logik folgt, die auch im Ukrainekrieg vorherrscht. Putin behauptete, der Krieg in Gaza wäre die Konsequenz westlicher Ambitionen und insbesondere der Politik der USA, die den Nahostkonflikt »monopolisiert« und sich damit über die internationale Ordnung hinweggesetzt hätten. Der Krieg in Gaza würde sich in die imperialen Bestrebungen des Westens einfügen und gegen Antikolonialisierungsbewegungen des sogenannten globalen Südens gerichtet sein. »Wir, Russland, kämpfen [...] sowohl für uns selbst als auch für diejenigen, die nach echter, wahrer Freiheit streben. Doch wer wirklich die Wahrheit und Gerechtigkeit verteidigt, kämpft gegen das Böse und die Unterdrückung, gegen Rassismus und Neonazismus, die der Westen fördert, steht jetzt an vorderster Front – bei Donezk, Awdejewka, am Dnipro – [...] wo das Schicksal Russlands und der ganzen Welt entschieden wird, einschließlich der Zukunft des palästinensischen Volkes«, so Putin Ende Oktober 2023. Wie schon im Krieg gegen die Ukraine zieht Putin geschichtsverfälschende Parallelen zum Großen Vaterländischen Krieg und vergleicht die israelische Armee mit Nazis und die Blockade Gazas mit der Blockade Leningrads.

Russland nutzt den Krieg im Nahen Osten, um das Narrativ, der Westen argumentiere immer mit doppelten Standards, zusätzlich zu befeuern. Während der Vorwurf lautet, der Westen verschließe die Augen vor dem Leid der Palästinenser:innen in Gaza und wende das Völkerrecht selektiv an, macht sich Russland angeblich für die

Palästinenser:innen und somit auch für das Völkerrecht stark. So berief Russland beispielsweise am 18. Oktober eine Dringlichkeitssitzung der Vereinten Nationen zum Vorgehen des israelischen Militärs ein und brachte mehrere Resolutionen zum sofortigen Waffenstillstand in den Sicherheitsrat ein, die unter anderem am Veto der USA scheiterten. Zusätzlich unterstützt Russland Südafrikas Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag, in der Israel des Genozids am palästinensischen Volk bezichtigt wird.

Russisch-israelische Annäherung seit Putin

Die Geschehnisse seit Oktober läuteten eine neue Phase der russisch-israelischen Beziehungen ein. Während der Sowjetzeit herrschte eine starke Feindseligkeit gegenüber Israel, die im tief verwurzelten Antisemitismus sowie dem Vorwurf doppelter Loyalitäten von Jüd:innen gründete. Sowjetische Jüd:innen durften nicht ausreisen, um sich in Israel niederzulassen. Währenddessen baute die Sowjetunion Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und arabischen Staaten auf und bot unter anderem jungen Palästinenser:innen die Möglichkeit, in Moskau zu studieren. Einige wurden später prominente Funktionäre der PLO und Fatah, der stärksten palästinensischen Fraktion.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR kam es in den 1990er und frühen 2000er Jahren zu einer Welle jüdischer Emigration aus Russland und anderen postsowjetischen Ländern. Als Putin im Jahr 2000 ins Amt kam, hatten über 1 Million Israelis eine familiäre Beziehung zur ehemaligen Sowjetunion. Putin hat auch selbst persönliche Verbindungen nach Israel. Bei mehreren Anlässen sprach er über seine Lehrerin, die ihm Deutsch beibrachte und die nach Israel emigrierte. Als sie in den Ruhestand ging, schenkte er ihr eine Wohnung in Tel Aviv. Persönliche Verbindungen schienen die russisch-israelischen Beziehungen in den frühen 2000er Jahren

zu prägen. Putin sprach häufig von »unseren Landsleuten«. Er sah in der russischsprachigen Bevölkerung Israels eine Chance für Russland und eine Möglichkeit, Israel stärker an sich zu binden.

Im Jahr 2012 eröffnete er ein jüdisches Museum in Moskau und positionierte sich als Beschützer der jüdischen Diaspora. Vor dem Hintergrund des wachsenden Antisemitismus in Europa rief er 2016 europäische Jüd:innen dazu auf, nach Russland zu ziehen. Berel Lazar, der Oberrabbiner Russlands, zählt zu seinen engsten Vertrauten.

Eine gute Chemie hatte Putin auch mit dem israelischen Premierminister Netanjahu. Für diesen war die Beziehung zu Putin eine Gelegenheit, sich als Politiker von Weltrang darzustellen. Im Jahr 2019 startete Netanjahu seinen Wahlkampf mit einem Plakat an einem Wolkenkratzer in Tel Aviv. Auf dem Bild schüttelte er Putin die Hände. Die Überschrift lautete: »Netanjahu. Eine andere Liga«.

Eine der außenpolitischen Prioritäten Putins bestand darin, dass Russland zu allen Akteuren des Nahen Osten Beziehungen unterhält, um gegebenenfalls mit konfliktierenden Parteien sprechen und als Vermittler auftreten zu können. Die Zusammenarbeit Russlands mit dem Iran und der Hisbollah im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten des Assad-Regimes seit 2015 stellte für Israel eine Bedrohung dar, die allerdings durch den sogenannten »deconfliction mechanism«, der sofort nach der russischen Intervention etabliert wurde, verringert werden konnte. Dieser internen Abmachung zufolge kann Israel nach Rücksprache mit Russland Angriffe auf iranische Stellungen auf dem syrischen Territorium fliegen, ohne russische Militärs zu gefährden und ohne Gegenreaktionen befürchten zu müssen. Netanjahu prahlte damit, dass für dieses Entgegenkommen Russlands seine persönliche Freundschaft mit Putin ausschlaggebend war.

Die massive regionale Präsenz Russlands seit dem Syrienkrieg führte dazu, dass israelische Politiker:innen und Militärexpert:innen Russland als Nachbarn bezeichneten. Putin sah sich zu diesem Punkt nicht nur als Beschützer der Jüd:innen, sondern als Sicherheitsgarant für Israel.

Israelische Neutralität nach der Invasion der Ukraine

Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten hat Israel seine Russland-Politik nach der Invasion der Ukraine nicht wesentlich verändert. Beide israelischen Regierungen seit Februar 2022 – das Duo Naftali Bennett und Jair Lapid sowie die aktuelle Regierung des wiedergewählten Premierministers Netanjahu – unterschieden sich in ihrem Umgang mit Russland hauptsächlich im Ton. Es ist Jair Lapid, der sich zu Beginn des Krieges einige wenige russlandkritische Aussagen erlaubte. Faktisch hat Israel keine Sanktionen gegen Russland ver-

hängt und lehnte es trotz wiederholter Anfragen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ab, Waffen an Kyjiw zu liefern.

Stattdessen wurde Israel zur beliebten Destination russischer Oligarchen. Sanktionierte Einzelpersonen konnten mit israelischen Dokumenten weiterhin nach Europa reisen, und russische Unternehmen wie Yandex bauten ihre Aktivität in Israel aus. Gleichzeitig formierte sich eine lebendige kremlkritische Zivilgesellschaft aus neuen russischen Emigrant:innen sowie ukrainischen Geflüchteten in Israel. Ihre Aktivitäten veränderten trotzdem nicht, dass der Krieg in der Ukraine für die meisten israelischen Parteien zu keinem Zeitpunkt zur politischen Priorität wurde, er spielte kaum eine Rolle.

Die Beziehung mit Russland kühlte dennoch ab. Israel versuchte einen Spagat, der sich einerseits in demonstrativer Neutralität und andererseits in einzelnen Sympathiebekundungen Richtung Ukraine äußerte, um dem Druck des Westens nachzukommen. Das führte dazu, dass Russland Israel im Gegenzug spüren ließ, dass es in vielerlei Hinsicht am längeren Hebel sitzt. So wurde die Arbeit der Jewish Agency in Moskau, die weltweit jüdische Einwanderung nach Israel organisiert, im Sommer 2022 wegen angeblicher Rechtswidrigkeiten ausgesetzt. Diese Schikane gegenüber der jüdischen Diaspora erinnerte an die Reisesperre aus der Sowjetzeit. Antisemitismus war plötzlich auf der höchsten politischen Ebene wieder erlaubt: So erklärte Außenminister Lawrow im Mai 2022, Hitler wäre jüdischer Abstammung gewesen. Der Streit um den Alexanderhof in Jerusalem, den Russland als eigenes Territorium ansieht, entbrannte erneut. Gefährlicher jedoch wurde der Umstand, dass auch die russische Toleranz gegenüber israelischen Angriffen auf syrischem Territorium sank. Während sich der Westen und allen voran die USA darum bemühten, Russland zu isolieren und das auch von eigenen Verbündeten erwarten, interagierte Israel aus Gründen der eigenen Sicherheit weiterhin diplomatisch und wirtschaftlich mit Russland.

Nach der Wiederwahl Netanjahus im November 2022 gratulierte Putin erst einen Monat später. Um den neutralen Kurs Russland gegenüber zu bekräftigen, kündigte der neue Außenminister Eli Cohen bei seiner Antrittsrede an, dass nun »weniger über die Ukraine geredet« werden sollte. Bevor er mit seinem ukrainischen Amtskollegen telefonierte, sprach er zuerst mit dem russischen Außenminister. Bei seinem Antrittsbesuch in der Ukraine im Februar 2023, der bisher den ranghöchsten Besuch der neuen israelischen Regierung darstellt, vermied er es, Russland nur mit einem Wort zu erwähnen.

Doch weder die positiven Gefühle Putins gegenüber Israel noch die israelische Neutralität im Ukrainekrieg verhinderten, dass Moskau nach den Ereignissen im Oktober den Weg der Realpolitik einschlug.

Der Bruch der Beziehungen und die israelische Reaktion

Heute positioniert sich Israel so, als hätte es von Anfang an auf ukrainischer Seite gestanden. Während der Gedenkveranstaltung zum bereits zwei Jahre andauernden Krieg in der Ukraine hielt der israelische UN-Botschafter Gilad Erdan am 27. Februar 2023 eine Rede vor der Generalversammlung. Er listete israelische humanitäre Hilfe sowie den Aufbau eines Feldlazarett auf – beides Maßnahmen der Regierung Bennett-Lapid – und sprach davon, dass sowohl die Ukraine als auch Israel für die eigene territoriale Integrität und nationale Souveränität kämpften. Damit verglich er implizit die Hamas und Russland, die Israel bzw. der Ukraine das Existenzrecht absprechen.

Wie auch Russland verknüpft Israel grundverschiedene Kriege, um das eigene Argument zu stärken und der israelischen Kritik gegenüber internationalen Organisationen mehr Gewicht zu verleihen. Wie es sich an der mangelhaften Unterstützung gegenüber Israel und der Ukraine ablesen lasse, sei die UN moralisch bankrott, der Sicherheitsrat sei paralysiert, so der israelische Botschafter. Akteure des internationalen Terrorismus, gegen den Israel und Ukraine stellvertretend für die gesamte Welt vorgehen würden, haben Teile der UN für die eigene Sache konvertieren können. Erdan endet mit dem Ausruf: “to the Rest of the Free World I say: Wake up!”

Bemerkenswert ist die offene Anklage Erdans, Russland gehöre mittlerweile ideologisch zur sogenannten »Achse des Widerstands« bestehend aus dem Iran und den von ihm unterstützten Akteuren, wie der Hamas, der Hisbollah und den Huthis. In einem Interview am 31. Januar 2023, während bereits bekannt war, dass Russland in der Ukraine iranische Waffen einsetzt, sah Netanjahu noch davon ab, die enger werdenden Beziehungen zwischen Russland und dem Iran anzusprechen. Sicherlich war die wachsende Abhängigkeit Moskaus von Teheran für Israel schon damals besorgniserregend. Russland ist abgeschnitten von westlichen Märkten und kauft zunehmend iranische Drohnen. Iran soll wiederum US-amerikanischen Berichten zufolge versuchen, russische Kampfhubschrauber, Kriegsflugzeuge und Luftabwehrsysteme zu erwerben. Auch der Austausch von Technologie und Know-how intensiviert sich. Trotzdem trennte Netanjahu, der unter anderem aufgrund seines kompromisslosen Ansatzes gegenüber dem Iran als »Mister Security« bezeichnet wird, das Thema Iran von dem strategischen Umgang mit Russland. Der Einsatz iranischer Waffen durch Russland ließ ihn vor einem Jahr auch nicht die Politik gegenüber der Ukraine überdenken. Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet und israelische Regierungsvertreter beklagen offener die russisch-iranische Partnerschaft.

Die Rede Erdans ist zudem eine Reaktion auf den Besuch unterschiedlicher palästinensischer Fraktionen, einschließlich Terrororganisationen, wie der Hamas und des Islamic Jihad, in Moskau am 29. Februar. Für die Hamas, die in Russland nicht als terroristische Organisation eingestuft ist, ist es bereits die zweite Reise nach Russland seit dem 7. Oktober. Die Hamas verfügt über russische Waffen, die wahrscheinlich über den Iran den Weg in den Gazastreifen gefunden haben. Zudem soll Russland der Hamas eine Lizenz zur Produktion von Kalaschnikows erteilt haben. Außerdem finanziert sich die Hamas unter anderem über russische Kryptobörsen.

Russland behauptet, dass die Beziehung zur Hamas die Verhandlungsposition verbessere, um israelische Geiseln, die am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppt wurden, zu befreien. Derzeit gibt es allerdings keine handfesten Beweise dafür, dass Russland tatsächlich Druck auf die Hamas aufbaut oder die Gesprächskanäle zur Befreiung von Geiseln genutzt wurden.

Die russische Haltung führt zur stärkeren Verortung Israels im westlichen Lager. Dabei bestand die Außenpolitik Netanjahus, der seit 2009 mit einer einjährigen Pause die Geschicke des Landes leitet, gerade darin, sich von einer eindeutigen Lagerbindung zu lösen. Das zeigte sich nicht nur in der neutralen Haltung im Ukrainekrieg. Es wurde jahrelang große diplomatische Mühe darauf verwendet, im sogenannten globalen Süden Staaten für sich zu gewinnen, damit diese in der UN proisraelisch abstimmen. Weil in einzelnen europäischen Staaten sowie bei den Anhänger:innen der demokratischen Partei in den USA die Stimmung angesichts der andauernden Besetzung des Westjordanlandes zunehmend israelkritisch wurde, bestand die israelische Antwort darin, die eigene Außenpolitik zu diversifizieren. Netanjahu selbst wendete zum Ärgernis westlicher Verbündeter viel politisches Kapital auf, um Israel als unabhängigen Akteur zu etablieren, der mit ihm selbst an der Spitze in der Lage ist, mit China und Russland gute Beziehungen zu pflegen. Mit solchen Staaten also, die sich aus Israels Sicht nicht in dessen innere Angelegenheiten einmischen würden. Die russische Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung besteht nur auf dem Papier. Die Beteiligung am sogenannten Nahostquartett seit 2002, einer Plattform aus EU, UN, Russland und USA, verlieh Moskau eine Bühne, um sich als Vermittler zu präsentieren. Konkrete Ergebnisse blieben jedoch aus. Russland zeigte verbale Präsenz, hat traditionell aber kaum politisches Kapital in den Friedensprozess investiert.

Veränderte Rhetorik, unveränderte Politik

Abgesehen davon, dass die Stimmung gegenüber Russland in Israel umgeschlagen ist, lassen sich nur wenige Veränderungen in der tatsächlichen Politik ausmachen. Während der Staat weiterhin keine Sanktionen verhängt

hat, sperren israelische Banken seit November 2023 Konten russischer Oligarchen in Übereinstimmung mit den EU-Sanktionen. Gleichzeitig fliegt Israel weiter Angriffe entlang der syrischen Grenze, ohne dass Russland darauf reagiert hätte. Es gibt zwar russische Berichte darüber, dass nicht mehr alle Schläge von Israel angekündigt werden. Die früheren Abmachungen scheinen aber weiterhin stillschweigend Bestand zu haben. Israel hat zudem angekündigt, Frühwarnsysteme gegen Raketenangriffe an die Ukraine zu liefern. Ob und wann das

geschieht, bleibt allerdings abzuwarten. Eine sichtbare Annäherung an die Ukraine vermeidet Israel weiterhin. Nach dem 7. Oktober soll Selenskyj einen Solidaritätsbesuch nach Israel angekündigt haben. Das Vorhaben wurde an die israelischen Medien geleakt, und so hat die Reise bis heute nicht stattgefunden. Höchstwahrscheinlich wartet die israelische Führung ab, wie sich die Feindseligkeit Russlands weiter manifestiert und hofft darauf, dass auch diese Phase bald ein Ende nimmt.

Über die Autorin

Dr. *Lidia Averbukh* ist Leiterin des Israelprojekts bei der Bertelsmann Stiftung. Sie war zuvor Programm Manager im European Leadership Network (ELNET) und Wissenschaftlerin an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Averbukh wurde 2021 an der Universität der Bundeswehr in München zum israelischen Rechtssystem promoviert.

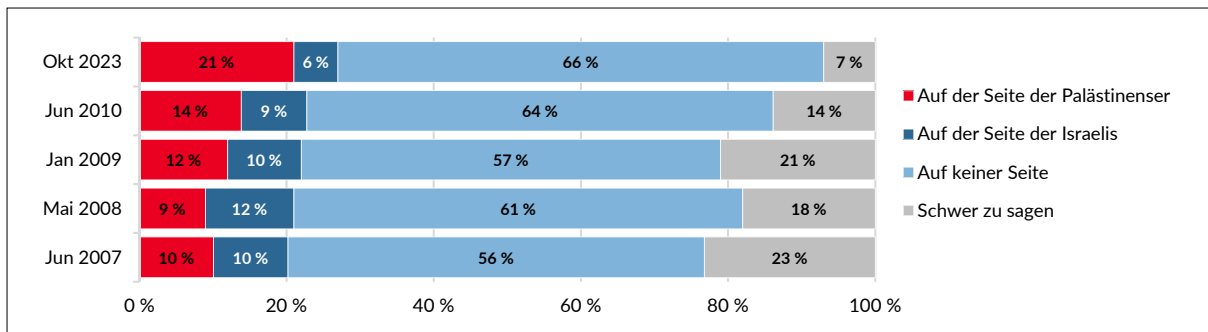
Lesetipps

- Azizi, Hamidreza und Hanna Notte. 2024. Russia's Dangerous New Friends. How Moscow Is Partnering With the Axis of Resistance. *Foreign Affairs*, 14. Februar 2024, <https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/russias-dangerous-new-friends>.
- Klein, Margarete und Lidia Averbukh. 2018. Russlands Annäherung an Israel im Zeichen des Syrien-Konflikts. Gesellschaftliche und ökonomische Verbindungen treten hinter politische Interessen zurück. *SWP-Aktuell* 2018/A 45, 20 August 2018, <https://www.swp-berlin.org/en/publication/russlands-annaeherung-an-israel>.
- Mil-Man, Arkady und Bat Chen Druyan Feldman. 2023. Russia-Hamas Relations and the Israel-Hamas War. The Institute for National Security Studies, INSS Insight No. 1784, 9. November 2023, <https://www.inss.org.il/publication/russia-hamas-israel/>.

UMFRAGEN

Einstellungen zum Krieg zwischen Israel und der Hamas

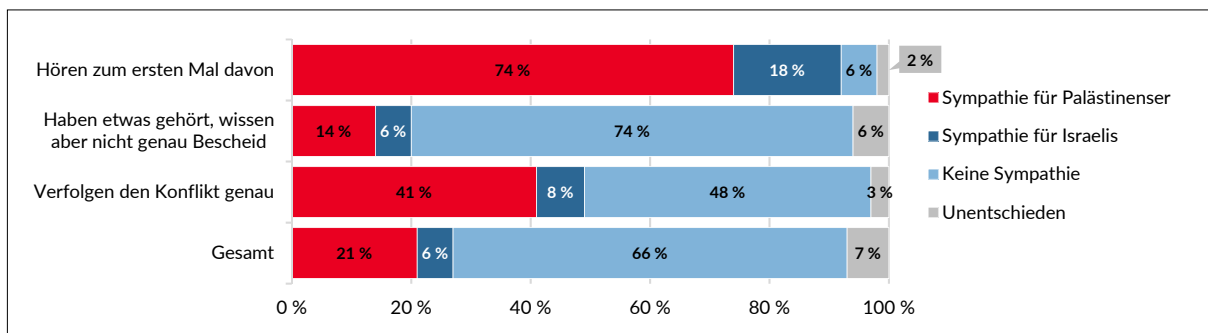
Grafik 1: Auf welcher Seite des israelisch-palästinensischen Konflikts liegen derzeit Ihre Sympathien? (% der Befragten)



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 19. bis 25. Oktober 2023 mittels einer persönlichen Befragung unter einer repräsentativen gesamtrussischen Stichprobe der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1.607 Personen im Alter von 18 Jahren und älter in 137 Siedlungen und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt.

Quelle: Lewada-Zentrum. »Der palästinensisch-israelische Konflikt: Oktober 2023«, 27.10.2023. <https://www.levada.ru/2023/10/27/palestino-izraelskij-konflikt-oktyabr-2023-goda/>.

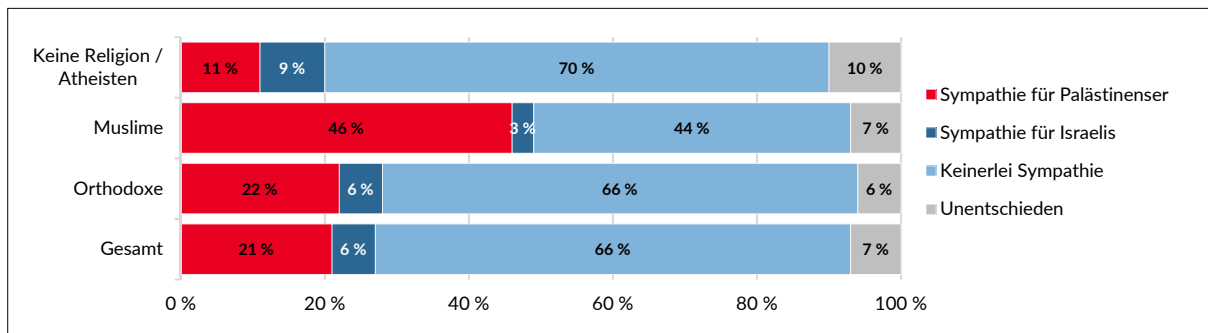
Grafik 2: Auf welcher Seite des israelisch-palästinensischen Konflikts liegen derzeit Ihre Sympathien? (% der Befragten in Abhängigkeit vom Grad der Informiertheit über den Konflikt)



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 19. bis 25. Oktober 2023 mittels einer persönlichen Befragung unter einer repräsentativen gesamtrussischen Stichprobe der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1.607 Personen im Alter von 18 Jahren und älter in 137 Siedlungen und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt.

Quelle: Lewada-Zentrum. »Der palästinensisch-israelische Konflikt: Oktober 2023«, 27.10.2023. <https://www.levada.ru/2023/10/27/palestino-izraelskij-konflikt-oktyabr-2023-goda/>.

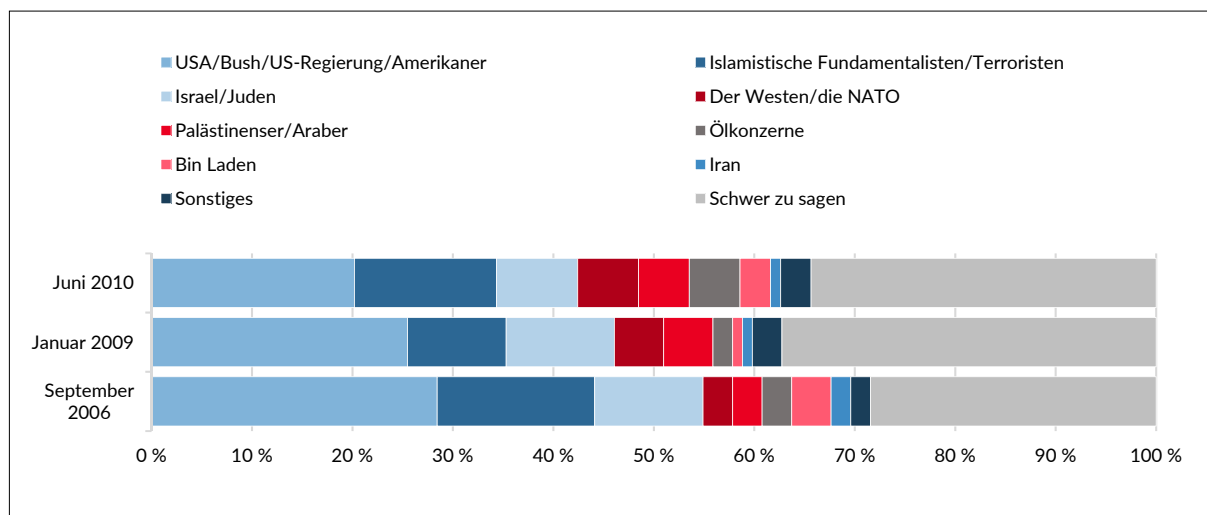
Grafik 3: Auf welcher Seite des israelisch-palästinensischen Konflikts liegen derzeit Ihre Sympathien? (% der Befragten nach Konfession)



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 19. bis 25. Oktober 2023 mittels einer persönlichen Befragung unter einer repräsentativen gesamtrussischen Stichprobe der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1.607 Personen im Alter von 18 Jahren und älter in 137 Siedlungen und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt.

Quelle: Lewada-Zentrum. »Der palästinensisch-israelische Konflikt: Oktober 2023«, 27.10.2023. <https://www.levada.ru/2023/10/27/palestino-izraelskij-konflikt-oktyabr-2023-goda/>.

Grafik 4: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für die anhaltende Gewalt und Instabilität im Nahen Osten? (in % der Befragten)

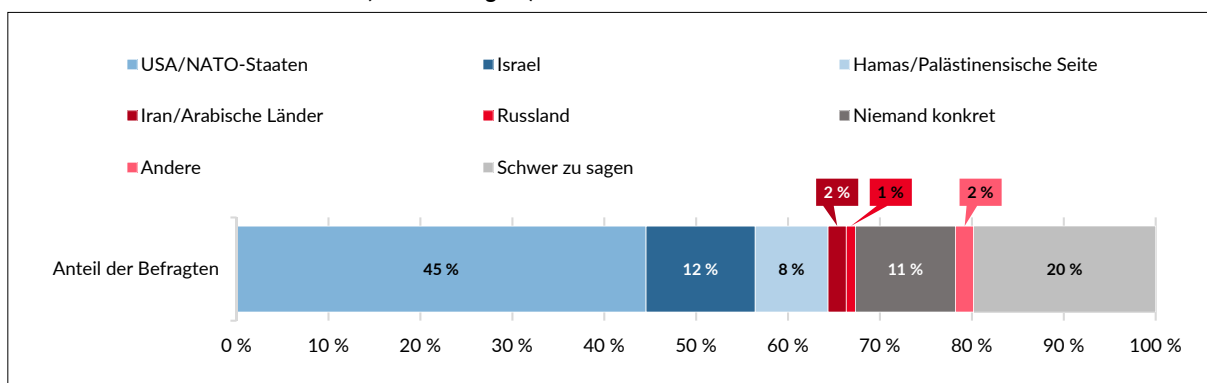


Gruppe	September 2006	Januar 2009	Juni 2010
USA/Bush/US-Regierung/Amerikaner	29 %	26 %	20 %
Islamistische Fundamentalisten/Terroristen	16 %	10 %	14 %
Israel/Juden	11 %	11 %	8 %
Der Westen/die NATO	3 %	5 %	6 %
Palästinenser/Araber	3 %	5 %	5 %
Ölkonzerne	3 %	2 %	5 %
Bin Laden	4 %	1 %	3 %
Iran	2 %	1 %	1 %
Sonstiges	2 %	3 %	3 %
Schwer zu sagen	29 %	38 %	34 %

Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 19. bis 25. Oktober 2023 mittels einer persönlichen Befragung unter einer repräsentativen gesamtrussischen Stichprobe der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1.607 Personen im Alter von 18 Jahren und älter in 137 Siedlungen und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt.

Quelle: Lewada-Zentrum. »Der palästinensisch-israelische Konflikt: Oktober 2023«, 27.10.2023. <https://www.levada.ru/2023/10/27/palestino-izrailiskij-konflikt-oktyabr-2023-goda/>.

Grafik 5: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für die Fortsetzung des Blutvergießens und die Instabilität im Nahen Osten? (% der Befragten)



Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 19. bis 25. Oktober 2023 mittels einer persönlichen Befragung unter einer repräsentativen gesamtrussischen Stichprobe der städtischen und ländlichen Bevölkerung von 1.607 Personen im Alter von 18 Jahren und älter in 137 Siedlungen und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt.

Quelle: Lewada-Zentrum. »Der palästinensisch-israelische Konflikt: Oktober 2023«, 27.10.2023. <https://www.levada.ru/2023/10/27/palestino-izrailiskij-konflikt-oktyabr-2023-goda/>.

Antisemitismus in Russland – ein alter Bekannter meldet sich zurück

Ksenija Poluektowa-Krimer (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

DOI: 10.31205/RA.448.02

Zusammenfassung

Der Krieg gegen die Ukraine, der von der russischen Propaganda als Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs dargestellt wird, entfaltet sich in dem geografischen und historischen Raum, in dem der Holocaust verübt wurde. Semantisch geschieht er in den »Bloodlands«, wie sie von Timothy Snyder in seinem Buch bezeichnet werden. Der groß angelegte Einmarsch Russlands in diesen faktischen wie symbolträchtigen geografischen Raum hat die revisionistischen Diskurse über die Kollaboration in den Zeiten des Zweiten Weltkrieges, den Holocaust und die Geschichte jüdischer Menschen in der Ukraine verstärkt. Das Putin-Regime streut verschwörungstheoretische Narrative über die »eigentlichen« Gründe und Nutznießer des Krieges, die gleichzeitig schlummernde antisemitische Vorurteile aus der Sowjetära wiederbeleben und neue Vorurteile über das Judentum erzeugen. Die Rückkehr des Antisemitismus in den öffentlichen Raum Russlands ist nicht nur durch den Krieg gegen die Ukraine und die zunehmend feindschaftliche Haltung zum »kollektiven Westen« zu erklären, sondern auch durch eine Reihe dynamischer innenpolitischer und internationaler Faktoren.

Von Gaza bis Dagestan

Am 28. und 29. Oktober 2023 kam es in mehreren Republiken des Nordkaukasus zu Pogromen, denen eine antisemitische Kampagne vorausgegangen war, die fast zweiwöchentlich in regionalen Telegram-Kanälen wütete. Diese Ereignisse entfalteten sich vor dem Hintergrund eines weltweiten Ausbruchs von Antisemitismus nach dem Angriff der Hamas auf den Süden Israels am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden Einsatz der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen. Die Behörden reagierten schwach und unentschlossen, wobei sie gegenüber dem Mob eine erstaunliche Milde an den Tag legten. Putin wies die Schuld am Geschehen »Agenten westlicher Geheimdienste« zu (insbesondere denen der USA), die »nicht zuletzt vom Territorium der Ukraine aus« agiert hätten. Die Pogrome in Dagestan wurden als Fortsetzung jenes Krieges interpretiert, den Russland in der Ukraine gegen die »globale Diktatur Washingtons« führt.

Der Kreml gab deutlich zu verstehen, welche der Seiten er bei den Ereignissen im Nahen Osten unterstützt: Am 26. Oktober fand in Moskau ein gemeinsames Treffen hochrangiger Hamas-Mitglieder mit dem stellvertretenden Außenminister des Iran statt. Vier Tage später wechselte Präsident Putin auf einer Sitzung zu den antisemitischen Gewaltausbrüchen in Dagestan das Thema und sprach über den Gazastreifen: »Wenn man die blutüberströmten Kinder sieht, die getöteten Kinder [...], da ballt man natürlich die Fäuste zusammen, und es kommen einem Tränen.«

Die Unterstützung der Hamas durch Russland findet ihren Ausdruck auch in einer weltweiten Desinformationskampagne, die Russland im digitalen Raum unternimmt. Damit sollen die Argumente Israels und dessen wichtigsten Verbündeten, der USA, untergraben werden. All das bedeutet das Ende einer über drei Jahrzehnte währenden Phase freundschaftlicher Beziehungen zwischen

Russland und Israel. Diese hatten sich in den letzten 16 Jahren aufgrund der persönlichen und ideologischen Nähe von Putin und Netanyahu mit dessen nationalistischen, autoritären Populismus noch weiter gefestigt. Russland versucht sich als Anführer des Globalen Südens zu positionieren und scheint bereit zu sein, zu seiner alten Rolle als Schutzmacht der palästinensischen Bewegung zurückzukehren, die es während des Kalten Krieges innehatte.

Die Propaganda Russlands verfügt über ein reiches Repertoire antizionistischer Klischees und Motive, die sich in den Jahrzehnten der sowjetischen Dämonisierung Israels angesammelt haben. Einige von ihnen erleben heute in Fernsehsendungen, ultrapatriotischen, antiukrainischen Telegram-Kanälen der Sorte »Z« [der Buchstabe Z wurde in Russland zum Symbol der sog. »Militärischen Spezialoperation«, wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine in der russischen Propaganda genannt wird, Anm. d. Red.] sowie auf diversen medialen und digitalen Plattformen eine Renaissance. Diese Desinformationskampagne soll den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine relativieren, die weltweite Aufmerksamkeit von ihm ablenken und womöglich westliche Waffenlieferungen an die Ukraine torpedieren. Die Kampagne verbreitet die Vorstellung von »doppelten Standards«, indem die westliche Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine der angeblich allseitigen Gutheißung der israelischen Bodenoperation gegen die Hamas gegenübergestellt wird. Sie stachelt verschwörungstheoretische Fantasien an, indem behauptet wird, hinter sämtlichen militärischen Konfrontationen stünden »Strippenzieher aus den USA«, die Putin als »Wurzel des Bösen« bezeichnet; er verglich das Land mit einer »Spinne«, die »mit ihrem Netz die ganze Welt umgarnen will«. Dieses schaurige Bild ist übrigens jenen, die die antisemitische Propaganda der Nazis und die sowjetische antizionistische

Propaganda erforschen, sehr wohl bekannt. Durch die Dimensionen dieser Kampagne, die über Nutzer:innen der sozialen Netzwerke eine Lawine emotional geladener Inhalte ausschüttet (die zu einem guten Teil durch künstliche Intelligenz generiert oder aber in anderen Kriegsgebieten wie etwa Syrien aufgenommen wurden), wird die globale öffentliche Meinung zusätzlich polarisiert. Die Kampagne vergrößert das Misstrauen gegenüber jedweder Medienberichterstattung zum Krieg in der Ukraine wie auch zum Vorgehen der israelischen Streitkräfte.

Die jetzige Zunahme des Antisemitismus in Russland fügt sich allerdings nicht einfach nur in eine weltweite Tendenz, die durch die aktuelle Eskalation im Nahen Osten angefacht wird. Um die Dynamik der Rückkehr des Antisemitismus in den öffentlichen Raum besser verstehen zu können, müssen wir uns dem inner-russischen Kontext zuwenden.

Die wichtigste verschwörungstheoretische Fantasie

Für all jene, die den aktuellen Ausbruch des Antisemitismus in Russland verfolgen, waren die Unruhen in Dagestan ein Anzeichen für eine sehr beunruhigende Tendenz. Seit Beginn des groß angelegten russischen Einmarsches in die Ukraine haben sich Putin, seine engsten Vertrauten und die führenden Propagandist:innen eine ganze Reihe antisemitischer Äußerungen erlaubt. In vielen dieser Statements tritt die Besessenheit der russischen Führung mit der jüdischen Herkunft Wolodymyr Selenskyjs zutage. Diese hatte für das Narrativ von einer »Entnazifizierung« der Ukraine seit langem ein unangenehmes Problem darstellt. Das ist jedoch nicht alles.

Putin gebiert sich seit langem als eine Art »Befreier-Zar« [eine ironische Anspielung der Autorin auf den russischen Zaren Alexander II. – Anm. d. Red.], der von den Höhen seines personifizierten autoritären Regimes über seine Machtvertikale der Bevölkerung Signale darüber sendet, was möglich ist und was nicht – und der sich dabei nun von früheren Tabus verabschiedet. Zu diesen zuvor selten verletzen Tabus hatten öffentlich geäußerte Manifestierungen von Antisemitismus gehört, was Putin die Reputation eines Menschen eingebracht hatte, der mit jüdischen Menschen mitfühlt, ja sogar dem Judentum wohlgesinnt sei. Offiziell verurteilt der Kreml Fremdenfeindlichkeit, wobei dieser zwischen einem nicht hinnehmbaren isolationistischen ethnischen Nationalismus und einem weitergefassten russischen imperialen Nationalismus unterscheidet. Letzterer ist insbesondere nach 2014 zur Leitlinie des Putinismus geworden. Heute spielt es allerdings überhaupt keine Rolle mehr, ob Wladimir Putin persönlich antisemitische Vorurteile hegt oder nicht. Angemerkt sei nur, dass sein Antisemitismus keine Überraschung darstellte, da Putin wie viele aus seiner Umgebung – von Außenminister Sergej Law-

row über Sergej Tschemesow (Chef des Rüstungskonzerns Rostec) und Nikolai Patruschew (Sekretär des russischen Sicherheitsrats) bis zu Wiktor Tscherkessow [er galt im FSB und später als Chef der Drogenbehörde als enger Vertrauter Putins, bis er 2007/2008 in Ungnade fiel, als er sich öffentlich über Konflikte in den Geheimdiensten gegen Ende von Putins zweiter Amtszeit ausließ, Anm. d. Red.] – beim KGB in Leningrad groß wurde. Das dortige Komitee für Staatssicherheit war seinerzeit berüchtigt für seinen tiefverwurzelten Antisemitismus.

Die Sache ist nämlich die, dass die persönlichen Überzeugungen Putins (falls es sie gibt) keinerlei Bedeutung haben: Wichtig ist nur, was er sagt und macht, weil das die Signale sind, auf die seine Propagandist:innen und hochrangigen Bürokrat:innen ungeduldig warten, damit sie diese dann über die Kanäle des Systems weiterverbreiten können. Die Logik des Regimes und jener Kräfte, die das Regime im Land und darüber hinaus freisetzt, machten die Rückkehr des Antisemitismus in die politische Rhetorik praktisch unausweichlich.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass der Putinismus keinen in sich schlüssigen ideologischen Kern hat und sich erstaunlich leicht an verschiedene ideologische Herausforderungen anpasst. Seit Putins Münchener Rede von 2007 füllt sich das ideologische Vakuum im Herzen des Regimes allerdings zunehmend mit einem manichäischen, verschwörungstheoretischen Denken nach dem Motto »wir gegen die anderen«. Das infiziert das Bewusstsein der Bevölkerung und kommt auf vielfältige Weise in massenhafter Corona-Dissidenz, einer Selbstwahrnehmung als »belagerte Festung« und jetzt auch in einer umfassenden Leugnung der russischen Untaten in der Ukraine zum Ausdruck. Antisemitismus ist hier gewissermaßen die wichtigste oberste verschwörungstheoretische Fantasie, die ein weitgefächertes Repertoire austauschbarer Feinde bereithält, für die jedes Mal das Codewort »Jude« eingesetzt werden kann.

Die aktuellen antisemitischen Narrative in Russland müssen nicht unbedingt folgerichtig und logisch sein, um zu überzeugen. Sie verpflanzen lediglich ins Bewusstsein der Bevölkerung diverse Schreckgespenster – »Kulte« und »Sekten«, »Satanisten«, »liberale Verräter«, »fünfte Kolonne«, »westliche globalistische Eliten«, »Russophobe« – die dann diskursiv mit dem Judentum verknüpft werden. Und sie keimen prächtig auf dem wohlgedüngten Boden der kulturellen Erinnerung an die antisemitischen und antiwestlichen Kampagnen der Sowjetzeit. In der heutigen Situation besteht das Neue darin, dass es einen Übergang von einem latenten Antisemitismus zu kaum verhüllten oder offenen antisemitischen Anspielungen gibt, die vollauf schamlos aus Putins Umgebung und von ihm selbst zu hören sind; von Propagandist:innen, Diplomat:innen und Prominenten. Und die niemanden mehr peinlich berühren.

»Teuflische Saat«

In dem Leitfaden für Soldaten von 2022, der vom russischen Verteidigungsministerium zur Veröffentlichung freigegeben wurde, werden den mobilisierten Soldaten die Ziele des Krieges in der Ukraine erklärt: »Die gesamte Macht [in der Ukraine – *ergänzt durch d. Autorin*] ist in den Händen von Staatsangehörigen Israels, der USA, Großbritanniens konzentriert, die den Völkermord an der einheimischen Bevölkerung organisierten [...]. Heute kämpfen wir – orthodoxe Christen und Muslime, Buddhisten und Schamanisten – geschlossen gegen den ukrainischen Nationalismus und den globalen Satanismus, der hinter ihnen steht.«

Diese Passage enthält Anklänge an einen Artikel aus dem Jahr 2019, den Putins damaliger Wirtschaftsberater Sergej Glasjew [Glasjew bekleidete die Funktion eines »Beraters«, sowjetniki, die im Vergleich zu den pomoschtschniki – für Wirtschaftsfragen ist derzeit Maxim Oreschkin verantwortlich – in der Präsidentschaftsverwaltung wenig Einfluss genießen, Anm. d. Red.] geschrieben hat und in dem dieser behauptete, die US-amerikanische Unterstützung für Selenskyj sei auf die »allgemeine Hinwendung der Trump-Administration in Richtung der extrem rechten Kräfte in Israel« zurückzuführen, die eine »massenhafte Umsiedlung von Bewohnern des Gelobten Landes [organisieren wollen], die des permanenten Krieges im Nahen Osten müde sind«, und zwar »in die von russischer Bevölkerung ‚gesäuberten‘ Gebiete im Süden und Osten der Ukraine«.

In dieser neuen Besessenheit in Bezug auf »Satanismus« hallt nicht nur die apokalyptische Rhetorik der Russischen Orthodoxen Kirche wider. Sie signalisiert das Erscheinen eines neuen Punktes auf der Liste der zahlreichen Übel, die Russland in der Ukraine bekämpft. Es ist ein neues Schreckgespenst, das im Diskurs in Umlauf gebracht wird, neben der Erwähnung jüdischer Menschen bzw. Israels und »Sekten«. Im Oktober 2022 rief Alexej Pawlow, Generalleutnant des FSB und Berater des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates Patruschew, in einem Artikel für die Zeitung »Argumenty i fakty« zu einer »Entsatanisierung der Ukraine« auf. Letztere habe sich Pawlow zufolge in eine totalitäre Hypersekte verwandelt, die von Washington kontrolliert werde und Hunderten »neuheidnischer Kulte« Unterschlupf bietet. Unter diesen Kulturen nannte Pawlow auch die chassidische Bewegung Chabad-Lubawitsch. Berl Lasar, der gewöhnlich dem Kreml gegenüber loyale Oberste Rabbiner Russlands (der Föderation jüdischer Gemeinden Russlands) empörte sich über den Artikel und warnte vor dem Anbruch »einer neuen Ära der Haltung Russlands gegenüber jüdischen Menschen« [Alexej Pawlow wurde am 20. Januar 2023 von Putin per Präsidialdekret von seinem Posten entlassen, Anm. d. Red.].

Diese neue Ära zeigte sich im Mai 2023 auch durch die Verhaftung von Jewgenija Berkowitsch und Swetlana

Petrijschuk, die wegen des Theaterstücks »Finist – Heller Falke« der »Gutheißung von Terrorismus« beschuldigt wurden. Petrijschuk hatte das Stück geschrieben und Berkowitsch hatte es 2021 inszeniert. Zur Analyse des Stückes zog die Staatsanwaltschaft ein Team von Pseudo-Expert:innen hinzu, unter anderem Roman Silantjew, den Erfinder der pseudo-wissenschaftlichen Disziplin »Destruktologie«, die sich mit »destruktiven Kulturen und Extremismus« befasst. Silantjew erklärte seine Befürwortung einer Haft für Berkowitsch und Petrijschuk folgendermaßen: »Es ist nicht hinnehmbar, insbesondere, wenn dafür Theaterpreise verliehen werden, wenn das beworben wird. Selbst wenn das, Verzeihung, Menschen jüdischer Nationalität tun. Ich beobachte nicht zum ersten Mal, dass Juden sich aktiv für Wahhabiten [dt. auch »Salafisten«, gemeint sind hier wohl »islamistische Terroristen«, Anm. d. Red.] einsetzen, ich habe den Eindruck zum Schaden der Russen«.

»Liberale Verräter«

Das Verfahren gegen Berkowitsch aktualisiert einen weiteren wirkmächtigen Sinnkomplex: »Liberale« gelten automatisch als »Juden« und »fünfte Kolonne« feiger Verräter, die aus dem Land fliehen und den Krieg nicht unterstützen. Berkowitsch mit ihrer eindeutigen Antikriegs-Haltung passt perfekt zu dieser Definition, wie das Portal »Life.ru« umgehend verbreitete, obwohl sie in Russland geblieben war. Diese Vorstellung ist über Jahre hinweg durch eine Reihe Skandale und persönlicher Ausfälle geprägt worden. Erinnerung sei hier nur an Sachar Prilepins »Brief an den Genossen Stalin« von 2012 oder das Bedauern der Journalistin Uljana Skobejda, dass »die Nazis die Vorfahren der heutigen Liberalen nicht zu Lampenschirmen verarbeitet haben« (2013). Ausfälle dieser Art hatten in der Presse keinerlei Folgen für die Urheber; es war eher so, dass der dubiose Ruhm ihren Karrieren zuträglich war.

Im Frühjahr 2014 tauchte an der Fassade des zentralen »Haus des Buches« in Moskau (offensichtlich mit Genehmigung der Behörden) ein riesiges Banner auf: Neben den Worten »Fünfte Kolonne: Fremde unter uns« waren Bilder von Alexej Nawalnyj, Andrej Makarjewitsch, Boris Nemzow und anderen Oppositionellen zu sehen, die die Annexion der Krim verurteilt hatten. Zehn Monate später wurde Boris Nemzow, einer der »Verräter«, im Stadtzentrum von Moskau erschossen. Als Putin dessen Mutter sein Beileid aussprach, redete er sie plötzlich mit ihrem (erkennbar jüdischen) Geburtsnamen Ejzman an. Über Generationen hinweg haben jüdische Menschen in der Sowjetunion ihre Fertigkeit perfektioniert, unscheinbare Signale als Gefahr zu deuten, die »von oben« droht. Und wenn der Präsident öffentlich den »wahren« – d. h. jüdischen – Nachnamen einer Person nennt, wurde das unmissverständlich verstanden.

Putin hat unlängst öffentlich über den Mitbegründer von »Yandex«, Arkadij Wolosch, sowie über Anatolij Tschubajts hergezogen, die beide jetzt in Israel leben. Putin beschuldigte Wolosch der Undankbarkeit gegenüber Russland und meinte, dieser würde den Krieg gegen die Ukraine nur deshalb öffentlich verurteilen, um sich bei der israelischen Regierung lieb Kind zu machen. Tschubajts hingegen sei, Putin zufolge, »abgehauen« und »versteckt sich aus irgendeinem Grund, wobei er in die Illegalität abgewandert ist« und angeblich den Namen »Mosche Israiljewitsch« angenommen habe.

Die russischen Propagandist:innen, unter anderem Margarita Simonjan, die Macher von Z-Telegram-Kanälen sowie regimetreue Prominente, verhöhnen vehement die ausgewanderten Kriegsgegner:innen, insbesondere jene, die sich in Israel niedergelassen haben. Ganz nach dem Motto: Ihr wollt nicht in dem Land leben, das jetzt im Krieg steht und seid doch in ein Land gezogen, das ständig Krieg führt – »typische Doppelmoral«. In einem Interview mit Wjatscheslaw Manutscharow, das viral ging, nannte die Schauspielerin Walentina Talysina das »wahre«, jüdische Patronym von Alla Pugatschowa. Die Sängerin hatte sich öffentlich vor ihren Mann (und »ausländischen Agenten«) Maxim Galkin gestellt. Das Gleiche widerfuhr der langjährigen Regimekritikerin Lija Achedschakowa.

»Russophobie ist der neue Antisemitismus«

Die russische Propaganda nutzt allerdings auch selbst Antisemitismuskritiken und hält Nachbarländern eine historische Verantwortung für den Holocaust vor, um die eigene militärische Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Bei dieser Logik sind immer die anderen die »Nazis«, Antisemit:innen und »Aggressor:innen«, während Russland stets die Rolle des größten Opfers beansprucht. Das wird in der verbreiteten Phrase »Die Russen sind die neuen Juden« deutlich. Jede Kritik am Vorgehen Russlands wird als Zeichen von »Russophobie« gewertet, die wiederum mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. 2017 verglich Putin Fragen der NBC-Journalistin Megyn Kelly zu einer möglichen Einmischung Russlands in die Präsidentschaftswahlen 2016 mit Antisemitismus. »Das kommt mir überhaupt wie Antisemitismus vor: An allem sind die Juden schuld. Verstehen Sie, [man ist] selbst ein Armleuchter, kriegt nichts auf die Reihe, aber die Juden sind schuld.« Im März 2022 verglich er erneut die Sanktionen des Westens gegen Russland mit der Verfolgung jüdischer Menschen durch die Nazis: »Bei dem Versuch, Russland zu canceln hat der Westen alle Masken des Anstands heruntergerissen, begann sich rüpelhaft zu benehmen und zeigte sein wahres Wesen. Da drängen sich ja direkt Analogien zu den antisemitischen Pogromen auf, die die Nazis in den 1930er-Jahren in Deutschland veranstalteten, und anschließend ihre Nacheiferer in vielen europäischen

Ländern«. Seit Mai 2022 diskutierten Abgeordnete der Staatsduma die Möglichkeit, »Russophobie« strafrechtlich zu verfolgen, wobei »Russophobie« als »Nazismus oder Antisemitismus des 21. Jahrhunderts« bezeichnet wurde. Putins Äußerungen vom März und diese Duma-Initiativen griffen im Grunde die These von Alexander Brod auf, einem Mitglied des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation. Brod, der sich selbst als Jude identifiziert, hatte die »Spirale der Russophobie im Westen« mit der Verfolgung jüdischer Menschen in Hitler-Deutschland verglichen. Dass derartige Vorstellungen von jemandem geäußert werden, der sich professionell mit der Entwicklung der jüdischen Kultur befasst (Brod war 2023 Träger des von der Föderation jüdischer Gemeinden Russlands vergebenen Preises »Für Verdienste um die Entwicklung des jüdischen Lebens in Russland«) ist ein alarmierendes Signal. Und es erinnert an die sowjetische Praxis, bekannte jüdische Wissenschaftler:innen und Kulturschaffende zur Propagandaaufgabe des »Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit« [russ. Abk.: AKSO] einzuspannen.

Die Vergleiche von »Russophobie« mit Antisemitismus waren ganz nach dem Geschmack der russischen Gesellschaft, und zwar sowohl des gegen den Krieg eingestellten Teils wie auch des regierungstreuen: Zu stark ist die Bereitschaft, sich als Opfer des Krieges und der Sanktionen wahrzunehmen. Die Band »Leningrad« hat den Song »Kein Zutritt!« aufgenommen, in dem ein »Genozid« verurteilt wird, den die Europäer angeblich »so peu à peu aufführen«: »Ja, der Russe ist jetzt wie ein Jude in Berlin / anno neunzehnhundertvierzig«, »Der Russe ist für euch der neue Drecksjude, / als sollten wir alle im Ofen verbrannt werden«. Die Diskussionen in den sozialen Netzwerken über die EU-Einreisebeschränkungen für russische Staatsangehörige waren ebenfalls voller Vergleiche zwischen Russ:innen, für die es jetzt schwierig ist, ein Schengen-Visum zu bekommen, und den jüdischen Menschen, die 1939 an Bord des Dampfers »St. Louis« aus Nazi-Deutschland zu fliehen versuchten. Die Teilnehmer:innen an diesen Diskussionen arbeiteten mit den vom Kreml verbreiteten propagandistischen Klischees, bei denen Polen und den baltischen Staaten die Legitimität abgesprochen wird, Befürchtungen hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit zu haben. Ebenso wird die Legitimität ihrer historischen Erinnerung infrage gestellt. Und sie werden an Kollaboration in der Kriegszeit erinnert und an eine Beteiligung an der Vernichtung jüdischer Menschen vor Ort.

Jüdische Menschen in Russland sind pessimistisch

Das Repertoire der antijüdischen Anschuldigungen, die in den russischen Medien und in der politischen Rhetorik

rik kursieren, ist sehr viel breiter gefächert, als in diesem Beitrag beschrieben werden kann. Zu nennen wären die berüchtigten »jüdischen Strippenzieher«, also die wahren Organisator:innen des Majdan und des Krieges gegen die Ukraine. Oder die angeblich bestehenden Verbindungen Selenskyjs zu internationalen »jüdischen Kreisen«, über die er sich dann Unterstützung für die Ukraine sicherte, usw. Die Frequenz, mit der jüdische Menschen, Israel und diverse Aspekte des jüdischen Lebens (in erster Linie der Holocaust) in den vergangenen zwei Jahren von hochrangigen Vertreter:innen des Staates, von Kunstschaffenden und Propagandist:innen erwähnt werden, sorgt erwartungsgemäß für eine zunehmende Unruhe unter den im Lande verbliebenden jüdischen Menschen.

Im Sommer 2022 hat der Soziologe [des Lewada-Zentrums, Anm. d. Red.] Alexej Lewinson eine Studie mit Fokus-Gruppen aus Angehörigen der jüdischen Bevölkerung einiger russischer Städte veröffentlicht. 2020 hatten Respondent:innen einer ähnlichen Studie des Lewada-Zentrums noch behauptet, dass es in Russland praktisch keinen Antisemitismus gebe. Die aktuellen Ergebnisse der Fokus-Gruppen machten jedoch deutlich, dass allgemein eine Zunahme von Antisemitismus zu erwarten ist, ganz wie die Angst vor einer möglichen Rückkehr sowjetischer antisemitischer Praktiken und Politik. Diese Angst ist verständlich, bedenkt man das Abgleiten ins Sowjetische – stilistisch, rhetorisch und vom Wesen her –, das in der russischen Innen- und Außenpolitik zu beobachten ist. Der Staat, der in Gestalt des Präsidenten immer noch als entscheidender Einflussfaktor wahrgenommen wird, ist in der Lage, Feindseligkeit in der Gesellschaft gegen bestimmte Minderheiten anzustacheln oder zu unterdrücken. Die Schließung der russischen Sparte der jüdischen Organisation »Sochnut« im Jahr 2022, die auf Druck der Regierung erfolgte Ausreise von Pinchas Goldschmidt, des obersten Moskauer Rabbiners (der sich geweigert hatte, den Einmarsch in die Ukraine zu unterstützen und jüdischen Menschen in Russland die Emigration empfohlen hatte) sowie die

Dämonisierung Israels und die öffentlichen antisemitischen Anspielungen im Fernsehen, all das sind Signale, die von jüdischen Menschen in Russland eindeutig wahrgenommen werden.

Die Rückkehr des Antisemitismus in den öffentlichen Raum ist ein markantes Symptom für die Zersetzung des politischen Systems wie auch der Normen, die für einen Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen und die seit dem 24. Februar 2022 immer stärker aus den Fugen geraten. Der Ausbruch des Antisemitismus in den letzten Jahren von Stalins Herrschaft hatte die isolationistische Paranoia der Gesellschaft widergespiegelt, wie auch die Suche des Regimes nach neuen Feinden. Die jetzige Renaissance des Antisemitismus steht für die Krankheitserreger, die die moralische Zersetzung der sozialen und politischen Institutionen in Russland mit verursachen. Sie ist auch Symptom des allgegenwärtigen verschwörungstheoretischen Denkens.

Antisemitismus ist keine in sich geschlossene und innerlich von Widersprüchen freie »Ideologie«, sondern eher ein Zustand des Bewusstseins, des Verstandes. Er ist eine Art »pathogene Mikroflora«, um es mit den trefflichen Worten des Ethnologen Walerij Dymshiz zu beschreiben. Eine Bakterie, die jahrelang schlummern kann, jedoch im Falle einer Schwächung des Wirtsorganismus aufgrund einer Krise pathogene Wirkung hat: Dann vermehrt sich die Bakterie mit unglaublicher Geschwindigkeit. Heute wird durch den internationalen Kontext – Israels Krieg gegen die Hamas, Russlands Krieg gegen die Ukraine – wie auch interne Faktoren, die sich aus der Natur des Putin-Regimes ergeben (Isolationismus, verschwörungstheoretisches Denken, eine Hexenjagd, die immer mehr Fahrt aufnimmt) eine pathogene Umgebung erzeugt, in der einst schlummernde Phobien aufleben und in der politischen Rhetorik in den Vordergrund rücken. Noch ist unklar, ob diese Phobien nur rein rhetorischer Natur bleiben oder in aktiver Diskriminierung münden werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Dieser Text ist zuerst am 12. Januar 2024 beim Online-Portal Riddle Russia erschienen. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Riddle Russia für die Erlaubnis, die Übersetzung abdrucken zu dürfen. Das Original ist in englischer Sprache abrufbar unter: <https://ridl.io/russian-anti-semitism-long-time-no-see/>

Über die Autorin

Dr. *Ksenija Poluektowa-Krimer* ist Historikerin mit den Schwerpunkten Judaistik und Holocaustforschung und Übersetzerin. Gegenwärtig ist sie als Andrej-Sacharow-Stipendiatin an einem Forschungsprojekt des Leibniz-Zentrums für zeitgeschichtliche Forschung in Potsdam (ZZF Potsdam) beteiligt.

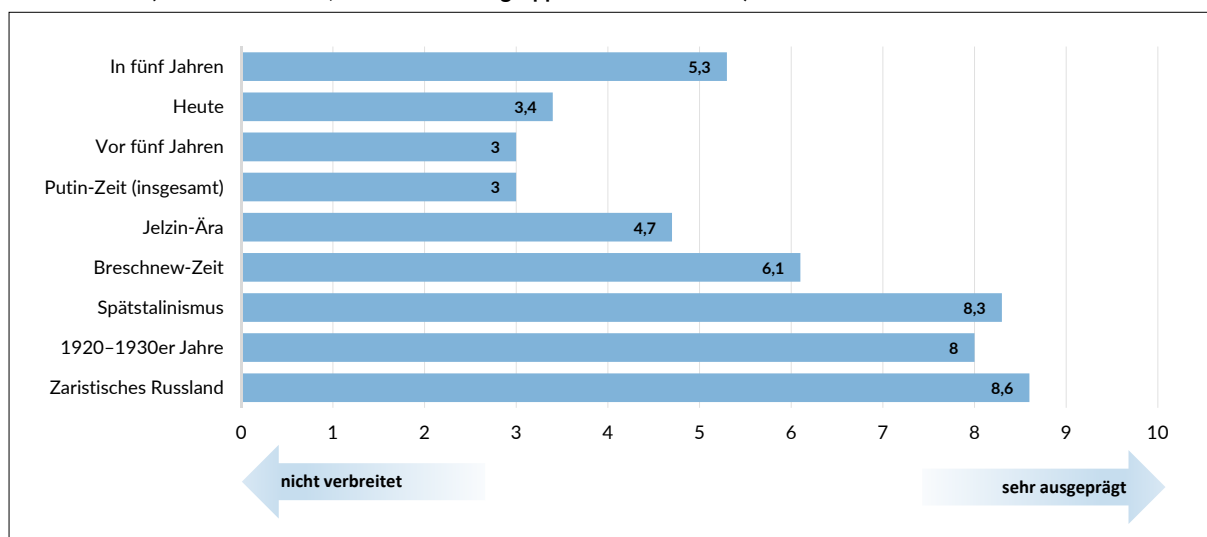
Lesetipp:

Poluektowa-Krimer, Ksenia. 2024. The Strange Case of Russian Anti-Semitism, in: Šraders, Sandis und George Spencer Terry (Hrsg.): The Paradox Of Power: Ukraine's Struggle, Russia's Dilemmas and Global Consequences. The Conference on Russia Papers 2024, University of Tartu Press, S. 77 – 91, frei abrufbar unter: https://www.baltdefcol.org/files/images/cache/publications/Rusconf_24_veeb.pdf.

UMFRAGEN

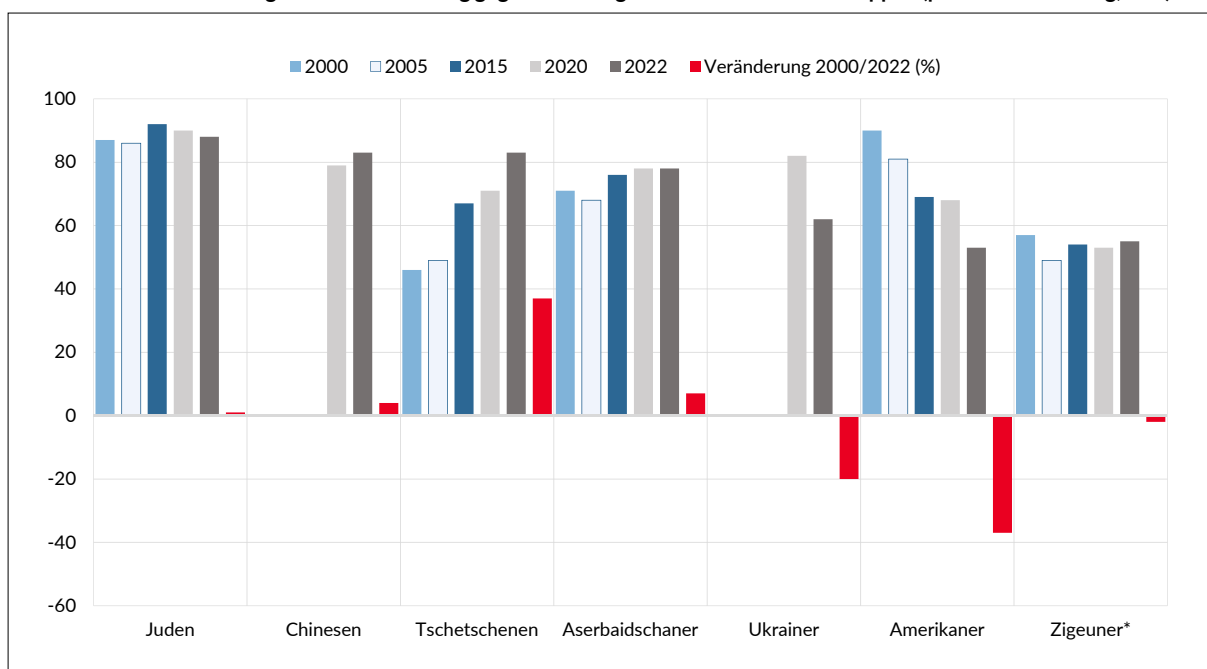
Antisemitismus in Russland

Grafik 1: Bewertung des Ausmaßes von Antisemitismus in Russland durch die Befragten (Skala von 1 bis 10, Daten aus Fokusgruppen des Jahres 2022)



Quelle: Lewinson, Alexej. 2023. Über das Wohlbefinden der jüdischen Menschen in Russland (Samotschustwije rossijskich ewrejew). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 84. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 2: Veränderungen in der Einstellung gegenüber ausgewählten ethnischen Gruppen (positive Einstellung, in %)



Anmerkung: Summe der positiven Antworten »mit Sympathie, Interesse«, »neutral, ohne besondere Emotionen«, Reihenfolge sortiert nach dem Jahr 2022. *Wörtliche Übersetzung der Formulierung vom Lewada-Zentrum.

Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitizma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 96. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

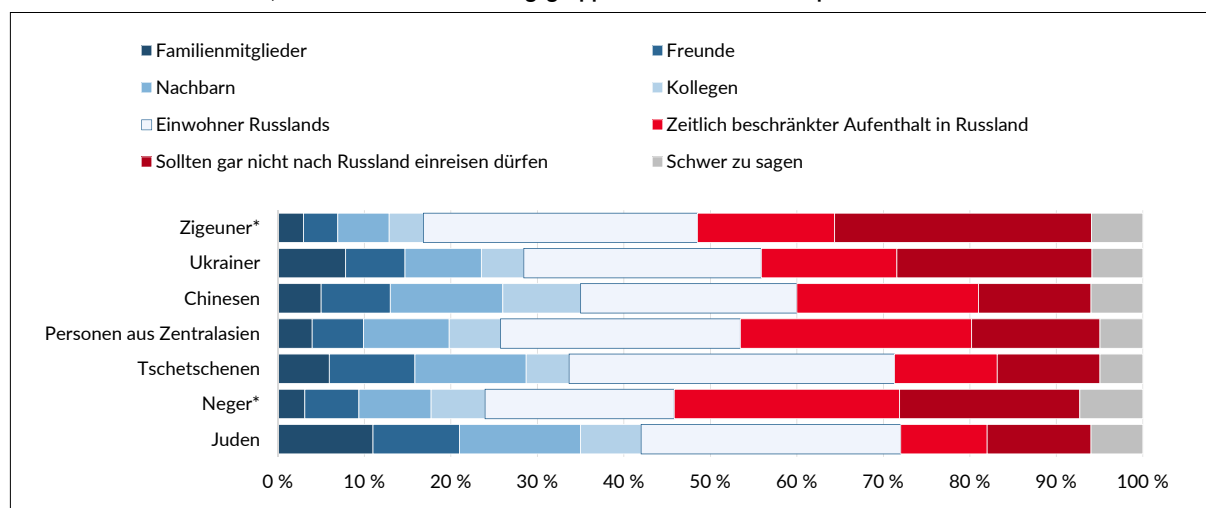
Tabelle 1: Veränderungen in der Einstellung gegenüber ausgewählten ethnischen Gruppen (positive Einstellung, in %)

Ethnische Gruppe	2000	2005	2015	2020	2022	Veränderung 2000/2022 (%)
Juden	87	86	92	90	88	1
Chinesen				79	83	4
Tschetschenen	46	49	67	71	83	37
Aserbaidshaner	71	68	76	78	78	7
Ukrainer				82	62	-20
Amerikaner	90	81	69	68	53	-37
Zigeuner*	57	49	54	53	55	-2

Anmerkung: Summe der positiven Antworten »mit Sympathie, Interesse«, »neutral, ohne besondere Emotionen«, Reihenfolge sortiert nach dem Jahr 2022.
*Wörtliche Übersetzung der Formulierung vom Lewada-Zentrum.

Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojennyh dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 96. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 3: Bereitschaft, verschiedene Bevölkerungsgruppen in Russland zu akzeptieren

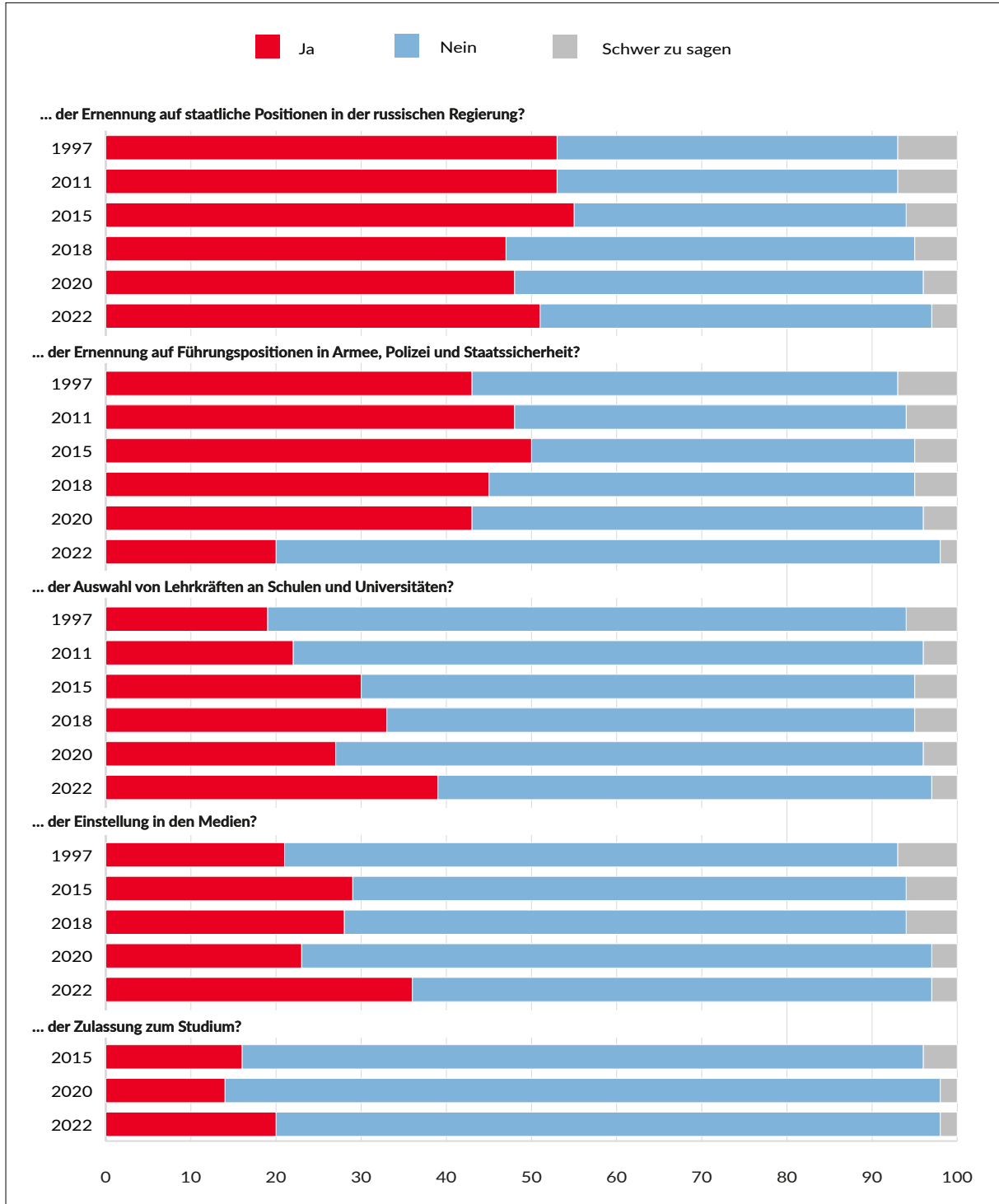


Gruppe	Familienmitglieder	Freunde	Nachbarn	Kollegen	Einwohner Russlands	Zeitlich beschränkter Aufenthalt in Russland	Sollten gar nicht nach Russland einreisen dürfen	Schwer zu sagen
Juden	11	10	14	7	30	10	12	6
Neger*	3	6	8	6	21	25	20	7
Tschetschenen	6	10	13	5	38	12	12	5
Personen aus Zentralasien	4	6	10	6	28	27	15	5
Chinesen	5	8	13	9	25	21	13	6
Ukrainer	8	7	9	5	28	16	23	6
Zigeuner*	3	4	6	4	32	16	30	6

Anmerkung: Summe der positiven Antworten »mit Sympathie, Interesse«, »neutral, ohne besondere Emotionen«, Reihenfolge sortiert nach dem Jahr 2022.
*Wörtliche Übersetzung der Formulierung vom Lewada-Zentrum.

Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojennyh dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 96. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 4: Trend der Meinungen der Antworten auf die Frage: »Sollte die Nationalität eines Menschen berücksichtigt werden bei ...« (% der Befragten)



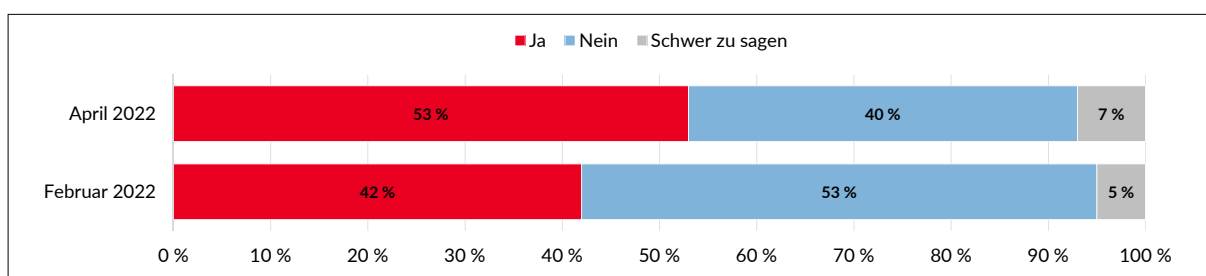
Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäraktion in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojnych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 101. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Tabelle 2: Trend der Meinungen der Antworten auf die Frage: »Sollte die Nationalität eines Menschen berücksichtigt werden bei ...« (% der Befragten)

Position	Antwort	1997	2011	2015	2018	2020	2022
... der Ernennung auf staatliche Positionen in der russischen Regierung?							
	Ja	53 %	53 %	55 %	47 %	48 %	51 %
	Nein	40 %	40 %	39 %	48 %	48 %	46 %
	Schwer zu sagen	7 %	7 %	6 %	5 %	4 %	3 %
... der Ernennung auf Führungspositionen in Armee, Polizei und Staatssicherheit?							
	Ja	43 %	48 %	50 %	45 %	43 %	20 %
	Nein	50 %	46 %	45 %	50 %	53 %	78 %
	Schwer zu sagen	7 %	6 %	5 %	5 %	4 %	2 %
... der Auswahl von Lehrkräften an Schulen und Universitäten?							
	Ja	19 %	22 %	30 %	33 %	27 %	39 %
	Nein	75 %	74 %	65 %	62 %	69 %	58 %
	Schwer zu sagen	6 %	4 %	5 %	5 %	4 %	3 %
... der Einstellung in den Medien?							
	Ja	21 %		29 %	28 %	23 %	36 %
	Nein	72 %		65 %	66 %	74 %	61 %
	Schwer zu sagen	7 %		6 %	6 %	3 %	3 %
... der Zulassung zum Studium?							
	Ja			16 %		14 %	20 %
	Nein			80 %		84 %	78 %
	Schwer zu sagen			4 %		2 %	2 %

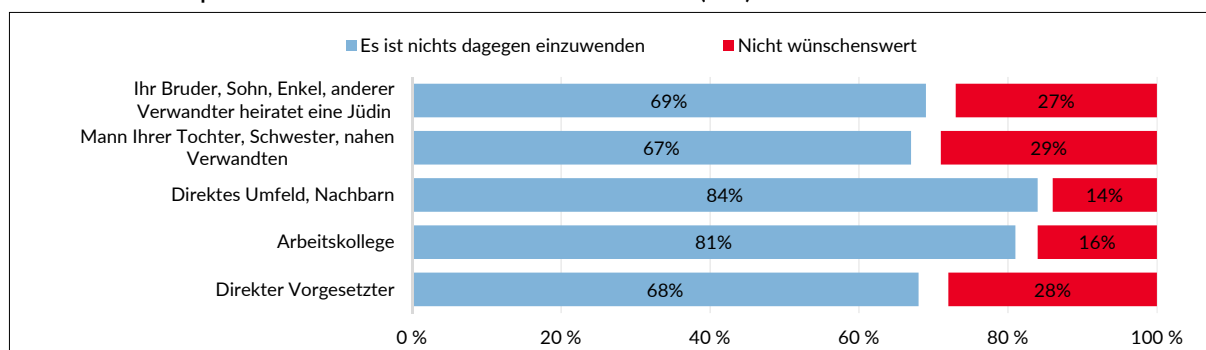
Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 101. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 5: Sollten bei der Vergabe von Regierungsposten in Russland die Nationalitäten der Menschen berücksichtigt werden?



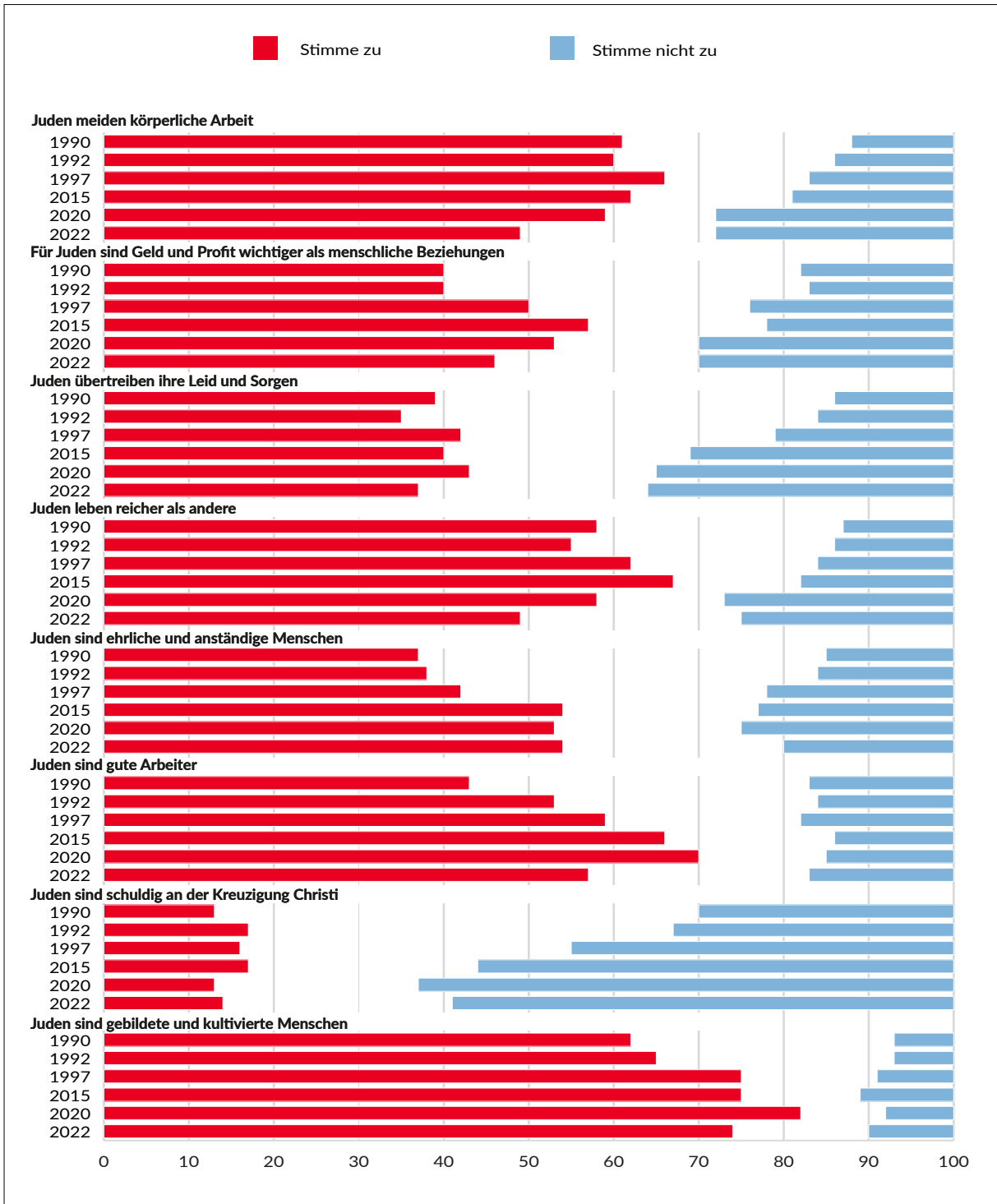
Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 102. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 6: Akzeptanz von Juden in verschiedenen Lebensbereichen (in %)



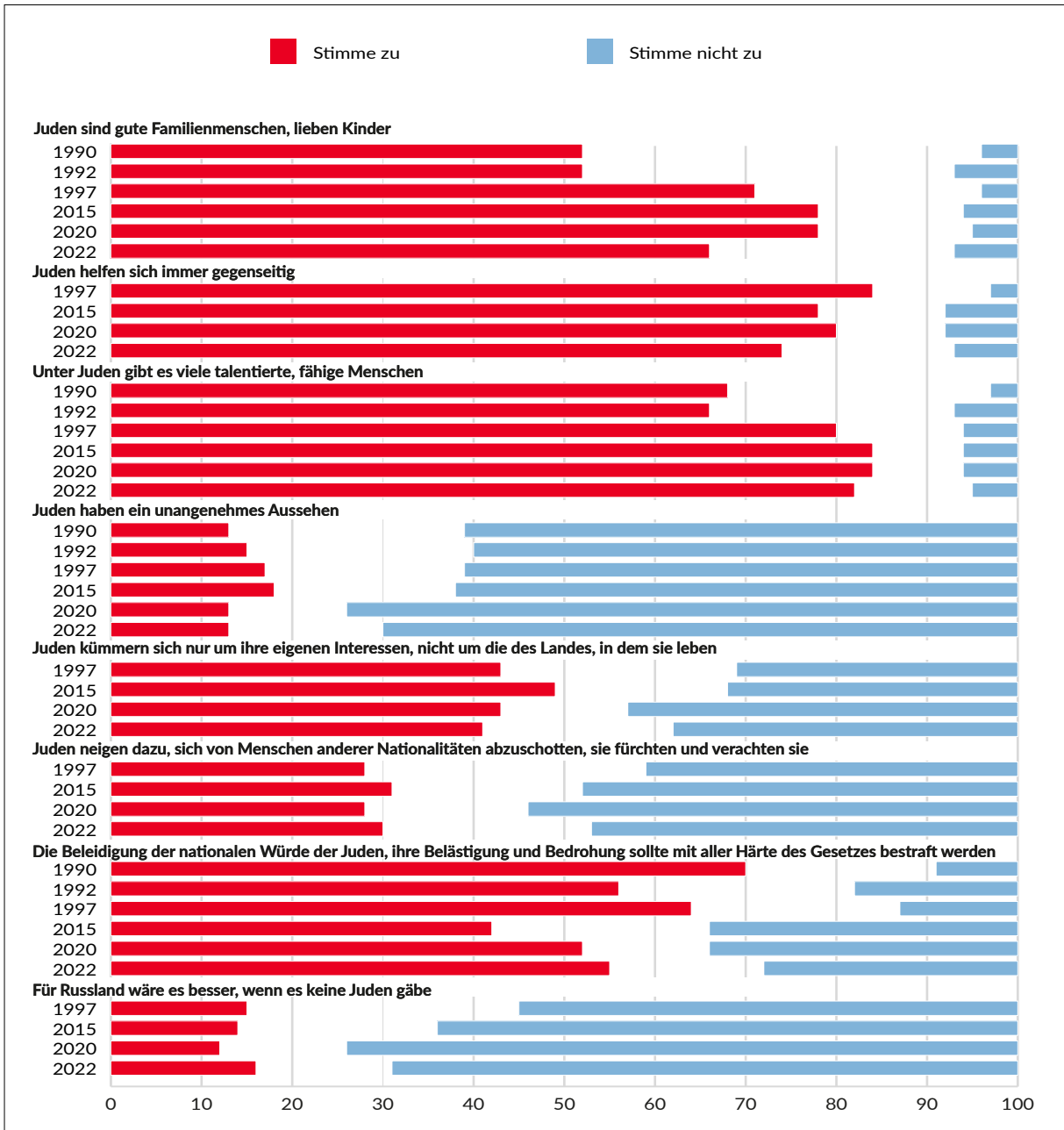
Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitisma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 104. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 7a: Trend antisemitischer Stereotypen in der russischen öffentlichen Meinung (in %)



Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäration in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitizma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 104-105. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Grafik 7b: Trend antisemitischer Stereotypen in der russischen öffentlichen Meinung (in %)



Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäraktion in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitizma i xenofobii w uslowijach wojennyh dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 104-105. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Tabelle 3: Trend antisemitischer Stereotypen in der russischen öffentlichen Meinung (in %)

Stereotyp	1990	1992	1997	2015	2020	2022
Juden meiden körperliche Arbeit						
Stimme zu	61 %	60 %	66 %	62 %	59 %	49 %
Stimme nicht zu	12 %	14 %	17 %	19 %	28 %	28 %
Für Juden sind Geld und Profit wichtiger als menschliche Beziehungen						
Stimme zu	40 %	40 %	50 %	57 %	53 %	46 %
Stimme nicht zu	18 %	17 %	24 %	22 %	30 %	30 %
Juden übertreiben ihre Leid und Sorgen						
Stimme zu	39 %	35 %	42 %	40 %	43 %	37 %
Stimme nicht zu	14 %	16 %	21 %	31 %	35 %	36 %
Juden leben reicher als andere						
Stimme zu	58 %	55 %	62 %	67 %	58 %	49 %
Stimme nicht zu	13 %	14 %	16 %	18 %	27 %	25 %
Juden sind ehrliche und anständige Menschen						
Stimme zu	37 %	38 %	42 %	54 %	53 %	54 %
Stimme nicht zu	15 %	16 %	22 %	23 %	25 %	20 %
Juden sind gute Arbeiter						
Stimme zu	43 %	53 %	59 %	66 %	70 %	57 %
Stimme nicht zu	17 %	16 %	18 %	14 %	15 %	17 %
Juden sind schuldig an der Kreuzigung Christi						
Stimme zu	13 %	17 %	16 %	17 %	13 %	14 %
Stimme nicht zu	30 %	33 %	45 %	56 %	63 %	59 %
Juden sind gebildete und kultivierte Menschen						
Stimme zu	62 %	65 %	75 %	75 %	82 %	74 %
Stimme nicht zu	7 %	7 %	9 %	11 %	8 %	10 %
Juden sind gute Familienmensen, lieben Kinder						
Stimme zu	52 %	52 %	71 %	78 %	78 %	66 %
Stimme nicht zu	4 %	7 %	4 %	6 %	5 %	7 %
Juden helfen sich immer gegenseitig						
Stimme zu			84 %	78 %	80 %	74 %
Stimme nicht zu			3 %	8 %	8 %	7 %
Unter Juden gibt es viele talentierte, fähige Menschen						
Stimme zu	68 %	66 %	80 %	84 %	84 %	82 %
Stimme nicht zu	3 %	7 %	6 %	6 %	6 %	5 %
Juden haben ein unangenehmes Aussehen						
Stimme zu	13 %	15 %	17 %	18 %	13 %	13 %
Stimme nicht zu	61 %	60 %	61 %	62 %	74 %	70 %
Juden kümmern sich nur um ihre eigenen Interessen, nicht um die des Landes, in dem sie leben						
Stimme zu			43 %	49 %	43 %	41 %
Stimme nicht zu			31 %	32 %	43 %	38 %
Juden neigen dazu, sich von Menschen anderer Nationalitäten abzuschotten, sie fürchten und verachten sie						
Stimme zu			28 %	31 %	28 %	30 %
Stimme nicht zu			41 %	48 %	54 %	47 %
Die Beleidigung der nationalen Würde der Juden, ihre Belästigung und Bedrohung sollte mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden						
Stimme zu	70 %	56 %	64 %	42 %	52 %	55 %
Stimme nicht zu	9 %	18 %	13 %	34 %	34 %	28 %
Für Russland wäre es besser, wenn es keine Juden gäbe						
Stimme zu			15 %	14 %	12 %	16 %
Stimme nicht zu			55 %	64 %	74 %	69 %

Quelle: Gudkow, Lew. 2023. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Bevölkerung während der russischen Militäraktion in der Ukraine (Sostojanije massowogo antisemitizma i xenofobii w uslowijach wojennych dejstwij Rossii na Ukraine). Westnik obschtschestwennogo mnenija, Nr. 1-2 (134) Januar-Juli 2023, S. 104-105. <https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2023/08/VOM1-2023.pdf>.

Gewissensfreiheit und Anti-Extremismus-Gesetzgebung in Russland

Jahresbericht 2023: Probleme bei der Verwirklichung der Gewissensfreiheit in Russland

Olga Sibirewa (Sowa-Zentrum)

»Im Zusammenhang mit Bauvorhaben ist uns nur ein weiterer Konflikt bekannt: Die Behörden in Sotschi verweigerten die Genehmigung für die religiöse Nutzung eines Grundstücks, auf dem ein jüdisches Kulturzentrum einschließlich einer Synagoge gebaut werden sollte. Der Ablehnung waren Proteste von Anwohner:innen vorausgegangen, die auf dem Grundstück einen öffentlichen Garten bevorzugten und befürchteten, dass die Synagoge die Verkehrssituation verkomplizieren würde.«

[...]

»Es ist nur ein Fall von Vandalismus gegen eine jüdische Stätte bekannt (zwei Fälle waren es im Jahr 2022): im Oktober setzten Teilnehmer:innen antisemitischer Aktionen, die eine Reaktion auf die Eskalation des palästinensisch-israelischen Konflikts waren, ein im Bau befindliches jüdisches religiöses national-kulturelles Gemeindezentrum in Naltschik [die Hauptstadt der nordkaukasischen Republik Kabardino-Balkarien, Anm. d. Red.] in Brand, warfen brennende Reifen auf das Gelände und hinterließen die Aufschrift ›Tod den Jahudis‹ an der Hauswand.«

Quelle: Sowa-Zentrum, Jahresbericht 2023: Probleme bei der Verwirklichung der Gewissensfreiheit in Russland, 5. März 2024, <https://www.sova-center.ru/religion/publications/2024/03/d49416/>.

Rechtsanwendung der Anti-Extremismus-Gesetze in Russland im Jahr 2023

Natalija Judina (Sowa-Zentrum)

[...]

»In diesem Bericht verzeichnen wir 23 Verurteilungen von 23 Personen, in denen Artikel 354¹ des Strafgesetzbuchs (Rehabilitierung des Nationalsozialismus) genannt wird; in 18 dieser Fälle war er der einzige Artikel im Urteil. In den meisten Fällen wurden diese Personen wegen Leugnung des Holocaust oder antisemitischer Veröffentlichungen verurteilt, die Hitlers Judenvernichtung während des Zweiten Weltkriegs rechtfertigten.«

[...]

»In den im Jahr 2023 ergangenen Urteilen haben wir die folgenden Adressaten identifiziert, gegen die Feindseligkeiten gerichtet waren (die belastenden Materialien der Verurteilten konnten Feindseligkeit gegenüber mehreren Gruppen zum Ausdruck bringen):

- ethnische Feinde – 54, darunter: Jüd:innen – 15, Russ:innen – 7, Kaukasier:innen – 8, Zentralasiat:innen – 4, Roma – 2, Pol:innen – 1, Personen nicht-slawischer Herkunft – 2, Iraner:innen und ihre Sympathisant:innen – 1, unbekannte ethnische Feinde – 14;
- religiöse Feinde – 32, darunter: orthodoxe Christ:innen, einschließlich Priester – 3, Jüd:innen – 2, Katholik:innen – 2, Muslim:innen – 3, Ungläubige aus der Sicht des Islams (Romantisierung von Kämpfern, Aufrufe, zu ISIS zu gehen und sich dem Dschihad anzuschließen) – 17, unbekannte religiöse Feinde – 5;
- Vertreter:innen des Staates – 134, darunter: Staat und Behörden im Allgemeinen – 59, FSB-Beamt:innen – 4, Polizei-beamt:innen – 5, Strafverfolgungsbeamt:innen im Allgemeinen – 19, Militär – 33, der Präsident persönlich – 9, Abgeordnete – 2, Beamte im Allgemeinen – 2, Leiter der Region Komi – 1;
- Einwohner:innen der Luhansker und Donezker Volksrepubliken – 1;
- Russen und alle, die die ›Militärische Spezialoperation‹ unterstützen – 5;
- Staatsangestellte im unteren Dienst, die als Beamt:innen wahrgenommen werden – 3, darunter: Angestellte der Wohnungs- und Versorgungswirtschaft – 1, Angestellte des Gesundheitswesens – 1, Gemeindeangestellte – 1;
- Schulkinder (im Zusammenhang mit der Columbine-Bewegung) – 1;
- unklarer Gegenstand der Feindseligkeit, ausgedrückt durch das Zeigen von Nazi-Symbolen und Porträts von Nazi-Führern – 23;
- völlig unbekannt – 44.

Für Äußerungen im Zusammenhang mit Militäraktionen in der Ukraine im Jahr 2023 gab es nach unseren Schätzungen mindestens 70 Verurteilungen (d. h. etwa 30 Prozent) der in diesem Bericht gezählten Fälle.

In den letzten drei Jahren sind die Hauptgruppen der Personen, denen Feindseligkeiten entgegengebracht wurde, dieselben geblieben: ethnische, religiöse und staatliche Vertreter:innen. Der Anteil der staatlichen Vertreter:innen ist mit 56,5 Prozent erneut deutlich gestiegen (46 Prozent der Verurteilungen im Vorjahr, 41 Prozent im Jahr 2021).«

[...]

»Gemäß Artikel 20.3.1 des russischen Verwaltungsstrafbuches traten im Jahr 2022 etwa 1200 Entscheidungen in Kraft. Leider ist es nicht möglich, genauere Angaben zu machen, da der Oberste Gerichtshof seit 2022 die Daten zu Artikel 20.3 und 20.3.1 zusammenfasst. Aber wir haben anhand unserer Daten und der Daten von OVD-Info das ungefähre Verhältnis zwischen ihnen ermittelt. Im Jahr 2023 wurden offenbar weniger als 900 Strafen mittels dieses Artikels verhängt. Das Sowa-Zentrum hat für das Jahr 2023 328 Entscheidungen nach diesem Artikel überprüft.

Die überwiegende Mehrheit wurde für Veröffentlichungen in sozialen Medien bestraft – hauptsächlich auf VKontakte, aber auch auf Odnoklassniki, Instagram, TikTok, den Messengern Telegram und WhatsApp (Nachrichten in einer großen Gruppe), der Online-Community Pikabu und YouTube.

Die Feindseligkeiten in den inkriminierten Kommentaren, Äußerungen, Videos und Bildern richteten sich gegen:

- ethnische ›andere‹ – 285 (einschließlich Zentralasien:innen – 54, Kaukasier:innen – 52, Jüd:innen – 39, Russ:innen – 39, Roma – 11, Schwarzhäutige – 10, Ukrainer:innen – 5, Personen nichtslawischer Herkunft – 6. andere ethnische Gruppen – 69);
- religiöse ›Andere‹ – 18 (Jüd:innen – 3, Muslim:innen – 6, Christ:innen, einschließlich Geistliche der orthodoxen Kirche – 7, ›Ungläubige‹, d. h. diejenigen, die sich nicht zum Islam bekennen – 1; Buddhist:innen – 1);
- Staatsangestellte und Beamte:innen – 51 (Ordnungskräfte und Polizei – 23, Militär – 2. Vertreter:innen der Behörden, einschließlich Beamte und Abgeordnete der Staatsduma – 16, persönlich beim Präsidenten der Russischen Föderation – 4, Gerichtsvollzieher:innen – 1, andere Beamte – 5);
- Russische Bürger:innen – 6;
- Antifaschist:innen – 2;
- Kommunist:innen – 1;
- andere ›gesellschaftliche Gruppen‹ (z. B. Veteran:innen, Vaterlandsverteidiger:innen, Einwohner:innen von Moskau, Frauen, Männer, Kinder) – 26;
- unbekannt – 68.«

Quelle: Judina, Natalija. *Rechtsanwendung der Anti-Extremismus-Gesetze in Russland im Jahr 2023*. Sowa-Zentrum, 14.3.2024, <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2024/03/d49456/>.

DEKODER

Lesetipp: Gaza und die Juden im Kaukasus

Am 29. Oktober 2023 stürmten mehrere hundert überwiegend junge Männer den Flughafen von Machatschkala in der russischen Teilrepublik Dagestan. Sie überrannten Absperrungen, stürmten auf das Flugfeld und suchten Juden, die sie unter den Passagieren einer Maschine aus Tel Aviv vermuteten. Mindestens 20 Menschen wurden verletzt, zahlreiche Passagiere verbrachten Stunden in Angst an Bord ihrer Maschinen, bevor der Mob abzog und die Türen geöffnet werden konnten.

Ausgelöst durch den Krieg in Israel hatte es bereits in den Tagen zuvor antisemitische Kundgebungen und Ausschreitungen im Nordkaukasus gegeben, wo mehrheitlich Muslime leben. Das war auch deshalb bemerkenswert, weil Demonstrationen in Russland derzeit in der Regel umgehend unterbunden werden. Die Beteiligten kamen bislang mit geringen Strafen davon. Offizielle Stellen betonten, Juden und Muslime hätten im Kaukasus immer friedlich zusammengelebt.

Wahr daran ist, dass im Kaukasus schon lange Juden leben. Die meisten dieser Bergjuden überlebten den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, da der Kaukasus nur verhältnismäßig kurz unter deutscher Besatzung war und die Wehrmacht die Zentren ihrer Siedlungen in Aserbaidschan, Dagestan und Tschetschenien nicht erreichte. Heute leben insgesamt noch etwa 10.000 Bergjuden an unterschiedlichen Orten im Kaukasus.

Der Text ist bei dekode unter folgendem Link verfügbar: <https://www.dekoder.org/de/article/gaza-juden-kaukasus-machatschkala-ausschreitung>

CHRONIK

11. – 18. März 2024

12.03.2024	Bei erneuten Drohnenangriffen wird eine der größten Ölraffinerien in Russland, die Ölraffinerie von Rosneft in Rjasan, beschädigt. Am selben Tag wird das Gebäude des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) in Belgorod angegriffen. Tage zuvor wurden neun Regionen in Russland mit Drohnen aus der Ukraine angegriffen. Dabei wurden ein Energie- und Heizwerk sowie eine Ölraffinerie beschädigt. Zeitgleich untersagen die Behörden der Region Kursk die Veröffentlichung von Fotos und Videos zu Luftverteidigung, Einsatz und Bewegung des russischen Militärs, Infrastruktur der Streitkräfte und kritischen Einrichtungen als auch Fotos und Videos über die Folgen von Drohnenangriffen sowie Informationen zum jeweiligen Ort im Internet. Ein ähnliches Verbot trat bereits in der Region Leningrad in Kraft.
13.03.2024	Leonid Wolkow, der frühere Vorsitzende der Anti-Korruptionsstiftung und Weggefährtin von Alexej Nawalnyj, wird vor seinem Haus in Litauen brutal angegriffen. Der litauische Geheimdienst spricht von einem Angriff »organisiert durch Russland«.
15.03.2024	Berichten des Mediums »RBK« zufolge ist Boris Kowaltschuk, der Sohn des Miteigentümers der Bank »Ros-sija«, Jurij Kowaltschuk, zum stellvertretenden Leiter der Präsidialkontrolldirektion, einer Abteilung der Präsidialadministration, die die Umsetzung der Weisungen des Präsidenten und des Ministerpräsidenten durch föderale und regionale Regierungsorgane überprüft, ernannt worden.
15.03.2024	In Russland beginnen die »Präsidentenwahlen«, die zwischen dem 15.03. und 17.03.2024 stattfinden. Dabei kommt es zu Festnahmen von mutmaßlichen Wahlsaboteur:innen. Von den Sicherheitsbehörden wird oft die Ukraine als im Hintergrund agierende Kraft beschuldigt. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sind nach der Schließung der Wahllokale über 60 Strafverfahren wegen Farb- oder Brandanschlägen auf Urnen und Wahlstellen eingeleitet. Während der Wahlen finden weiterhin Drohnenangriffe durch die Ukraine in der Region Belgorod statt. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen oder Sonderregelungen werden in dem betroffenen Gebiet nicht eingeleitet. Auch in den faktisch annektierten und teils besetzten ukrainischen Gebieten Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja werden die »Präsidentenwahlen« abgehalten. Die staatliche Nachrichtenagentur Tass berichtet einen Tag nach dem Ende der Wahlen, dass Wladimir Putin 95,23 % der Stimmen in der Donezker Volksrepublik erhalten hat. Es gibt Berichte von Druck, der auf Wähler:innen im Vorfeld und während der Wahlen ausgeübt wurde. Gegen grundlegende Kriterien freier, unabhängiger und fairer Wahlen wird verstoßen.
17.03.2024	Bei der Aktion »Mittag gegen Putin«, die von oppositionellen und unabhängigen Russ:innen initiiert wurde und Wähler:innen dazu aufruft, gesammelt am 17.03.2024 um 12 Uhr mittags Ortszeit wählen zu gehen und durch Warteschlangen ein Zeichen des Protests zu setzen, kommt es in vielen Städten Russlands und an russischen Botschaften und Konsulaten weltweit zu kleineren, bisweilen aber auch langen Warteschlangen. In Berlin beteiligt sich Julia Nawalnaja an der Aktion. Die Warteschlange erreicht zwischenzeitlich eine Länge von bis zu 1,3 km. Mehr als 80 Menschen werden russlandweit bei der Aktion festgenommen. Die Vorwürfe reichen von Beschädigung der Wahlscheine bis hin zu Diskreditierung der russischen Armee. Internationale Vertreter:innen, u. a. die der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), kritisieren den Ablauf der Wahlen. Unterschiedliche Verstöße, auch gegen das russische Wahlrecht, werden dokumentiert. Erste Stimmauszählungen werden bereits vor der Schließung der letzten Wahllokale bekannt gegeben. Nach Berichten der unabhängigen Wahlbeobachtungsorganisation Golos kommt es russlandweit zu Fällen von Manipulationen von Stimmzetteln und Wahlurnen, Druckausübung auf Wähler:innen durch Arbeitgeber:innen oder Strafverfolgungsbehörden in und außerhalb von Wahllokalen. Unabhängige Wahlbeobachter:innen weisen statistisch millionenfachen Wahlbetrug nach.
18.03.2024	Die Zentrale Wahlkommission gibt bekannt, dass Wladimir Putin bei den »Präsidentenwahlen« 87,28 % der Stimmen erhalten hat und damit für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt wurde. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 77,49 %.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>